



Vive la Freundschaft

Hochschule. Die Deutsch-Französische Hochschule (DFH) bietet zweisprachige Studiengänge an – genau das, was Staatspräsident Emmanuel Macron für ganz Europa vorschwebt. Die DFH, die ein Ergebnis des Élysée-Vertrags

von 1963 ist, entlässt jährlich 1.500 Absolventen. Warum sie „Brückenbauer der nächsten Generation“ sind, erklärt DFH-Generalsekretär Jochen Hellmann im Kommentar.

—> [Seiten 2-4](#)

Einkommensmobilität

Viele Söhne verdienen mehr als ihre Väter. Zu diesem Ergebnis kommt eine IW-Studie, die die Einkommensveränderungen zwischen den Generationen untersucht.

—> [Seiten 6-7](#)

IW-Vertrauensindex

Das Vertrauen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft ist in Europa höchst unterschiedlich ausgeprägt. In einem südeuropäischen Land ist es praktisch verschwunden.

—> [Seite 11](#)

6.000 sagen „Ja“ und „Oui“

Hochschule. Als erster und bislang einziger Anbieter von durchgängig integrierten binationalen Studiengängen sorgt die Deutsch-Französische Hochschule seit 20 Jahren für interkulturell ausgebildete Akademiker. Derzeit bietet das Netzwerk Studienmöglichkeiten an 186 Hochschulen in den beiden Ländern an.

Die Deutsch-Französische Hochschule (DFH) in Saarbrücken ist – neben dem Fernsehsender ARTE und dem Deutsch-Französischen Jugendwerk – eine von vielen Partnerorganisationen, die auf den Élysée-Vertrag vom 22. Januar 1963 zurückgehen. An diesem Tag unterzeichneten Konrad Adenauer und Charles de Gaulle in Paris das Freundschaftsabkommen, das eine weitreichende Zusammenarbeit beider Länder in politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Fragen sowie der Jugendpolitik vorsah. Und seitdem begehen beide Länder den 22. Januar als deutsch-französischen Tag.

Trotzdem sollte es noch einmal mehr als drei Jahrzehnte dauern, bis 1997 die Deutsch-Französische Hochschule gegründet wurde. Ihr Hauptauftrag ist die Auswahl, Unterstützung und Evaluierung von Partnerstudiengängen – also solchen Studiengängen, in denen sowohl ein deutscher als auch ein französischer Hochschulabschluss erworben wird.

Standen vor 55 Jahren historisch-politische Motive im Vordergrund, spielen heute auch wirtschaftspolitische Aspekte im binationalen Verhältnis eine wichtige Rolle:

Deutschland ist mit weitem Abstand Frankreichs Handelspartner Nummer eins, sowohl bei Importen als auch bei Exporten.

Umgekehrt ist Frankreich nach den USA Deutschlands größter Exportkunde. Auch als Arbeitgeber sind beide Nationen recht aktiv: Französische Tochterunternehmen stellen rund 400.000 Arbeitsplätze in Deutschland, umgekehrt offerieren deutsche Betriebe rund 340.000 Jobs in Frankreich.

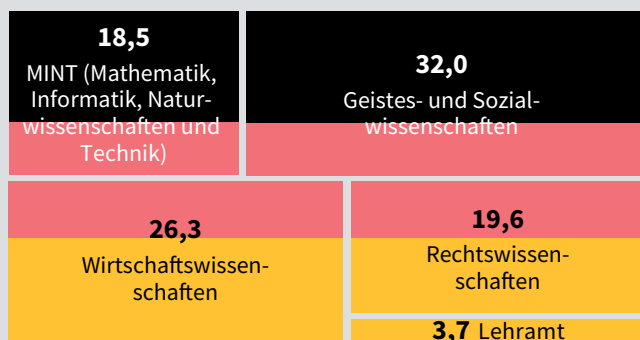
Für junge Leute gibt es somit gute Gründe, sich neben der Sprache des Nachbarlands auch interkulturelle Kompetenzen und landesspezifisches Fachwissen anzueignen. Das Studienangebot der Deutsch-Französischen Hochschule bietet genau diesen Mix: Die Lehrpläne der DFH sind so eng miteinander verzahnt, dass beide Abschlüsse in der Regelstudienzeit zu schaffen sind.

Besonderer Wert wird darauf gelegt, dass mindestens ein Jahr im jeweiligen Partnerland studiert wird. Außerdem achten die Hochschulen darauf, dass Franzosen und Deutsche gemeinsam studieren, damit nicht nur Fachwissen, sondern auch Verständnis für die andere Kultur

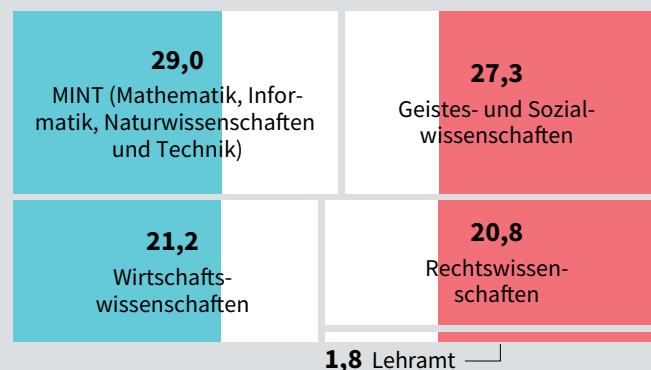
MINT, s'il vous plaît

So viel Prozent der Studenten im Netzwerk der Deutsch-Französischen Hochschule studierten 2017 diese Fachrichtungen

Deutsche Studenten



Französische Studenten



Quelle: Deutsch-Französische Hochschule
© 2018 IW Medien / iwd

erworben wird und idealerweise Freundschaften entstehen können. Ermöglicht werden außerdem Doktorarbeiten, die sowohl von einer deutschen als auch von einer französischen Hochschule betreut werden. Zum Programm der DFH gehören darüber hinaus wissenschaftliche Konferenzen und Seminare.

Gegenwärtig betreut die Deutsch-Französische Hochschule ein Netzwerk von 186 Einrichtungen, darunter deutsche Exzellenzuniversitäten und französische Elitehochschulen. Für diese Arbeit sowie für die Unterstützung der Studenten standen der DFH im Jahr 2016 rund 13,6 Millionen Euro zur Verfügung (Grafik). Geldgeber sind neben den deutschen und französischen Bildungsministerien auch die jeweiligen Außenministerien.

In insgesamt 183 Studiengängen und 23 Doktorandenkollegs sind derzeit rund 6.000 Studenten eingeschrieben. Sie erhalten während ihres Auslandsaufenthalts eine monatliche Mobilitätspauschale von 270 Euro. In einigen Studiengängen wird die Kooperation noch um ein drittes Land erweitert, beispielsweise die Schweiz oder Luxemburg.

Die Studenten selbst kommen überwiegend aus Deutschland und Frankreich, 9 Prozent stammen aus anderen Ländern. Franzosen und Deutsche sind zwar nahezu gleich stark vertreten, haben aber unterschiedliche Fächerpräferenzen (Grafik Seite 2):

Während bei den Deutschen die Geistes- und Sozialwissenschaften an erster Stelle stehen, favorisieren Franzosen MINT-Fächer.

Wirtschaftswissenschaften kommen bei den Deutschen an zweiter Stelle, bei den Franzosen sind dies die Geistes- und Sozialwissenschaften. Aus Frankreich wie auch aus Deutschland hat sich jeder Fünfte in Jura eingeschrieben, was in Anbetracht der unterschiedlichen Rechtssysteme und der sprachlichen Anforderungen einen hohen Einsatz erfordert.

Ohnehin ist der Weg zum deutsch-französischen Doppelabschluss kein Spaziergang. Ein studiertaugliches Sprachniveau wird bereits bei der Bewerbung um den Studienplatz vorausgesetzt. Und bevor es an manche Partneruni geht, müssen bereits erfolgreich absolvierte Studienabschnitte nachgewiesen werden.

Außerdem haben einige Hochschulen ein zusätzliches Auswahlverfahren – so beispielsweise die renommierte französische Eliteuniversität Sciences Po, eine der Kaderschmieden für den Nachwuchs in politischen und wirtschaftlichen Spitzenpositionen. Aber auch an der deutschen Exzellenzuni RWTH Aachen, die einen gemeinsamen Masterstudiengang mit der französischen Elite-Ingenieurhochschule CentraleSupélec durchführt, gibt es ein Auswahlverfahren.

Deutsch-Französische Hochschule: Die Geldgeber

So viel Euro erhielt die Deutsch-Französische Hochschule in Saarbrücken für die Betreuung ihres Netzwerks und zur Unterstützung von Studenten im Jahr 2016

Bundesministerium für Bildung und Forschung	4.550.000
Französisches Bildungsministerium	3.407.000
Französisches Außenministerium	3.407.000
Bundesländer	1.564.000
Auswärtiges Amt	700.000
Insgesamt	13.628.000



Quelle: Deutsch-Französische Hochschule
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

Ein solches müssen auch die Hochschulen selbst durchlaufen, bevor sie in das DFH-Netzwerk aufgenommen werden. In einem mehrstufigen Evaluationsverfahren müssen die Partnerhochschulen den Gutachtern aus beiden Ländern nachweisen, dass Studieninhalte und Studienleistungen so verzahnt sind, dass sie einen Doppelabschluss ohne Zeitverlust ermöglichen. Außerdem muss ersichtlich sein, dass die deutsch-französische Integration, die Interkulturalität, die Sprachkenntnisse sowie die Arbeitsmarktchancen gefördert werden.

Diese Form der Qualitätssicherung und das anspruchsvolle Studium zahlen sich aus: Die Absolventen finden im Schnitt innerhalb der ersten drei Monate nach Studienabschluss eine adäquate Stelle, meist sogar mit deutsch-französischem oder internationalem Bezug. Von den französischen Absolventen traten 2014 knapp 40 Prozent ihre erste Arbeitsstelle in Deutschland an, von den deutschen Absolventen begannen 13 Prozent in Frankreich. Die meisten DFH-Abgänger finden einen Job in der Privatwirtschaft, jeder zweite hat nach fünf Jahren Berufserfahrung eine Führungsposition inne.

Mit ihren Erfahrungen wäre die DFH eine gute Ausgangsbasis für ein breiter aufgestelltes Netzwerk. Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron hatte sich in seiner Europa-Rede dafür ausgesprochen, in den kommenden sechs Jahren 20 europäische Universitäten zu schaffen, die mindestens zweisprachige Studiengänge anbieten und europäische Abschlüsse vergeben. Zwar haben bereits die nationalen Bachelor- und Masterabschlüsse europaweit Gültigkeit, ein zweisprachiges Studium gemeinsam mit Kommilitonen aus den Nachbarländern dürfte den Zusammenhalt in Europa aber noch weitaus mehr stärken.

„Wir bilden Brückenbauer aus“

Kommentar. Frankreich wurde von vielen Deutschen lange Zeit nicht ganz für voll genommen. Mit Macron als Präsident ändert sich das – das Nachbarland ist wieder „in“. **Jochen Hellmann**, Generalsekretär der Deutsch-Französischen Hochschule, erklärt, warum vertiefte Kenntnisse des Nachbarlands auf beiden Seiten vonnöten sind.



© DFH/iris Maurer

Ist der deutschen Öffentlichkeit eigentlich ausreichend bewusst, wie bedeutend Frankreich als Handelspartner deutscher Unternehmen ist? Die beiden anderen Kandidaten für das Siegerpodium der wichtigsten deutschen Handelspartner – China und die USA – sind in aller Munde, hingegen Frankreich, zuletzt Silbermedaillengewinner aus deutscher Perspektive, wirkte lange, zumindest auf die weniger gut Informierten, wie ein nicht ganz ebenbürtiger Nachbar.

Die Präsidentschaften Sarkozy und Hollande trugen wenig dazu bei, diese deutsche „Frankreich-Vergessenheit“ zu korrigieren. Die unpräzise Vorstellung, Frankreich sei ein Land mit zwar reicher kultureller Tradition, angenehmer Lebensart und touristischer Anziehungskraft, ansonsten aber nicht (mehr) ganz für voll zu nehmen, hatte sich in vielen Köpfen verfestigt.

Die Begleitumstände der Wahl Emmanuel Macrons zum neuen französischen Staatspräsidenten und die dann folgende, teilweise spektakuläre, ambitionierte und von zupackendem Voluntarismus geprägte Handlungsweise der neuen Regierung ließen dann all diejenigen, die über gute Antennen verfügen, interessiert aufhorchen. Dass der

Economist Frankreich kürzlich zum „country of the year“ bestimmt hat, ist nur Ausdruck der neuen Sicht: Frankreich ist eindeutig wieder „in“.

Wer allerdings schon länger mit französischen Einrichtungen oder Firmen zu tun hat, weiß: Zwischen deutschen und französischen Partnern lässt sich gewiss zur Not auch ohne vertiefte gegenseitige Landes- und Sprachkenntnis etwas Sinnvolles erreichen – vorausgesetzt, der gute Wille ist vorhanden und beide Parteien sprechen Englisch.

Aber um wirklich zu reüssieren und eine intensive, auf der Basis gegenseitigen Vertrauens gegründete und nachhaltig-fruchtbare Geschäftsbeziehung aufzubauen, bedarf es mehr: Erst sobald nämlich die handelnden Personen über vertiefte Kenntnisse der Wirtschafts- und Verwaltungskultur, der Sprache und der gesellschaftlichen Besonderheiten des jeweiligen Gegenübers verfügen, gelingt die Zusammenarbeit wirklich. Denn die beiden Länder, benachbart und verbündet wie sie sind, können sich gegenseitig viel geben, obwohl sie trotz enger institutioneller Verbundenheit sehr verschieden geblieben sind.

Nun gibt es eine Einrichtung, die nicht nur Brücken baut, sondern

sogar die Brückenbauer der nächsten Generation ausbildet: Die Deutsch-Französische Hochschule (DFH) mit Sitz in Saarbrücken hat als zentrale „raison d'être“ die Förderung der Ausbildung junger Menschen, die sich nach dem Abschluss ihres Studiums in beiden Kulturen, beiden Sprachen und beiden Wirtschaften gleichermaßen zu Hause fühlen – ausgedrückt durch die Tatsache, dass ihnen, nachdem sie die Hälfte des Studiums in Deutschland, die andere in Frankreich absolviert haben, ein französisches und ein deutsches vollwertiges Hochschuldiplom verliehen wird.

Eine solche Einrichtung, die beiden Partnerländern gleichzeitig „gehört“, von beiden paritätisch gesteuert und finanziert wird, ist einmalig auf der Welt. Absolventen der DFH-Studiengänge – 1.500 erhalten jedes Jahr den doppelten Abschluss – werden als fachlich exzellente, dreisprachige Könnern in Zukunft das politische und wirtschaftliche Leben in Deutschland, Frankreich und Europa mitprägen.



Weitere Artikel zum Thema finden Sie in unserem Frankreich-Dossier auf iwd.de/dossiers/frankreich-deutschland

Rechtswidriger Tarifvertrag?

Tarifrunde 2018. Die IG Metall fordert nicht nur eine kräftige Lohnerhöhung, sondern auch eine „reduzierte Vollzeit“ mit Rückkehrrecht, die für bestimmte Arbeitnehmer einen Lohnausgleich vorsehen soll. Die Arbeitgeber halten das für rechtswidrig – und damit für unerfüllbar.

Geht es nach der IG Metall, sollen die Beschäftigten in der M+E-Industrie neben einer Lohnerhöhung von 6 Prozent auch einen Anspruch auf Verkürzung der Wochenarbeitszeit von derzeit meist 35 auf bis zu 28 Stunden erhalten. Außerdem will die Gewerkschaft ein Rückkehrrecht auf Vollzeit und für jene Beschäftigten, die ihre Arbeitszeit reduzieren und Kinder unter 14 Jahren oder pflegebedürftige Angehörige haben, einen Lohnausgleich von bis zu 200 Euro pro Monat.

Würde die IG Metall diese Ziele tatsächlich erreichen, kämen auf die Unternehmen große Probleme zu:

Nach zurückhaltenden Schätzungen könnte durch die reduzierte Arbeitszeit ein Arbeitsvolumen von rund 200.000 Vollzeitstellen entfallen.

Diesen Verlust aufzufangen, ist schon organisatorisch und unter Kostengesichtspunkten unmöglich. Darüber hinaus scheitert das Vorhaben schlichtweg daran, dass es nicht genügend Fachkräfte gibt.

Hinzu kommt, dass die Beschäftigten selbst offenbar gar keinen Bedarf an Arbeitszeitverkürzungen haben. In der IG-Metall-Beschäftigtenbefragung 2017 gaben jedenfalls

nur knapp 11 Prozent der gut 680.000 Befragten an, mit ihrer Arbeitszeit „eher nicht zufrieden“ oder „nicht zufrieden“ zu sein.

Mit dem geforderten Teillohnausgleich für bestimmte Mitarbeiter widerspricht die IG Metall zudem ihrer ureigenen Forderung, gleichen Lohn für gleiche Arbeit zu zahlen. Denn ein Arbeitnehmer mit „reduzierter Vollzeit“ würde durch den geforderten Teillohnausgleich einen höheren Stundenlohn haben als Vollzeitbeschäftigte oder Teilzeitbeschäftigte, die weniger als 28 Stunden arbeiten. Das sehen offenbar auch die Beschäftigten kritisch (Grafik):

Nur 16 Prozent der M+E-Beschäftigten wären zu einem solidarischen Ausgleich bereit – dabei verzichten alle auf einen Teil

ihrer Lohnzuwächse, um jene zu unterstützen, die vorübergehend weniger arbeiten.

Der geforderte Teillohnausgleich ist auch juristisch heikel:

Nach einem Rechtsgutachten von Clemens Höpfner von der Universität Münster wäre eine solche Regelung diskriminierend und somit rechtswidrig.

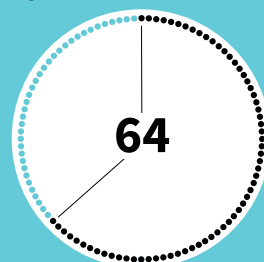
Das wiederum bedeutet, dass die Arbeitgeber die Forderung der IG Metall gar nicht erfüllen dürfen, denn sonst stünde am Ende ein Tarifvertrag, dessen Regelungen gegen das Gesetz verstoßen.

Folglich wären auch alle Arten von Streiks unrechtmäßig. Denn Arbeitskämpfe sind nur zulässig, wenn der Arbeitgeber, der bestreikt werden soll, die Forderungen zumindest formal auch erfüllen kann.

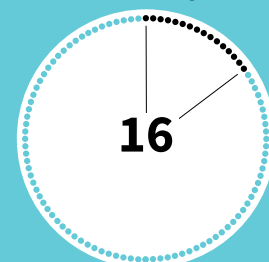
M+E-Industrie: Solidarität hat Grenzen

Auf die Fragen „Wären Sie interessiert, einen finanziellen Ausgleich für eine vorübergehende Absenkung der Arbeitszeit oder eine Auszeit selbst zu erarbeiten?“ (zum Beispiel über ein Arbeitszeitkonto) und „Wären Sie bereit zu einem solidarischen Ausgleich?“ (alle Beschäftigten verzichten auf einen Teil ihrer Lohnzuwächse, um damit diejenigen zu unterstützen, die vorübergehend weniger arbeiten) antworteten so viel Prozent der Befragten mit Ja

Interesse, den finanziellen Ausgleich selbst zu erarbeiten:



Bereitschaft zu solidarischem Ausgleich:



Repräsentative Befragung von 1.005 Beschäftigten der Metall- und Elektro-Industrie im Januar 2017

Quelle: Gesamtmetall
© 2018 IW Medien / iwd

Sohn schlägt Vater

Einkommensmobilität. Eltern arm, Kinder arm? In der öffentlichen Diskussion klingt es häufig so, als sei das in Deutschland die Regel. Doch eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) zeigt, dass sich die Einkommen von Generation zu Generation teilweise stark verändern.

Geht es um Fragen der Ungleichheit, geraten schnell die Einkommen in den Blick. Denn sie sind ein guter Indikator dafür, wie sich der Wohlstand in einer Gesellschaft verteilt.

Die meisten Analysen stellen dabei auf eine jährliche Querschnittsbetrachtung der Einkommensverteilung ab – also darauf, wie sich das Einkommen einer Gesellschaft zum Zeitpunkt X auf die Köpfe verteilt. Der Nachteil dieser Betrachtung: Sie vernachlässigt, dass nur ein relativ geringer Anteil von Menschen dauerhaft in einem Einkommensbereich verharrt. Die sogenannte **intra-generationale Einkommensmobilität** zeigt dagegen, wie sich das Einkommen von Menschen im Lauf des Lebens verändert.

Noch weiter geht jetzt das IW: Die Forscher klären in ihrer Studie, wie es um die sogenannte **intergenerationale Einkommensmobilität** steht – dieser Ansatz untersucht, wie sich die realen Einkommen von Generation zu Generation verändern.

Dafür sind zwei Arten der Einkommensmobilität von Interesse:

Die **absolute Einkommensmobilität** zeigt, welche Einkommensunterschiede es zwischen Eltern und ihren Kindern in vergleichbaren Lebensabschnitten gibt.

Die **relative Einkommensmobilität** weist aus, inwiefern sich Kinder im Einkommensgefüge der Gesellschaft besser oder schlechter positionieren als ihre Eltern.

Grundlage beider Vergleiche sind Daten des Sozio-oekonomischen Panels von westdeutschen Männern: Die Väter gehören zu den Geburtsjahrgängen 1928 bis 1954, die Söhne zu den Jahrgängen 1955 bis 1975.

Dass nur Männer in Westdeutschland betrachtet werden, hat rein praktische Gründe: Zum einen gibt es für Ostdeutschland keine vergleichbaren Daten für die Zeit vor der Wiedervereinigung und zum anderen würde die im Untersuchungszeitraum deutlich gestiegene Erwerbsbeteiligung der Frauen die Ergebnisse verzerren.

Mit Blick auf die absolute Einkommensmobilität ist der Befund allerdings schon für westdeutsche Männer eindeutig:

Rund 63 Prozent der Söhne haben ein höheres Arbeitseinkommen als ihre Väter.

Dabei werden reale Größen verglichen, also Preissteigerungen herausgerechnet.

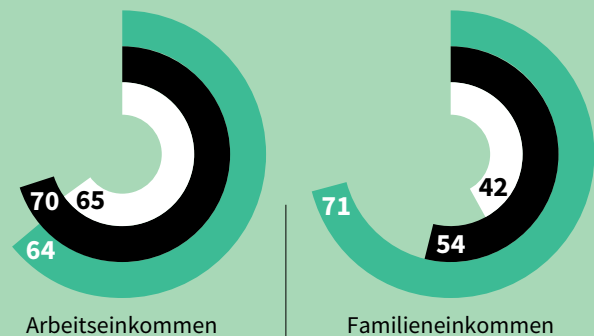
Bei 57 Prozent ist auch das Familieneinkommen höher. Für diese Einkommensart werden statt des Bruttolohns des Mannes die Nettoeinkommen aller Haushaltsmitglieder sowie beispielsweise Kapitalerträge und staatliche Transferzahlungen berücksichtigt und bedarfsgewichtet, also zur besseren Vergleichbarkeit auf Einpersonenhaushalte umgerechnet. Dabei zeigt sich ebenfalls ein positiver Trend (Grafik):

Liegen die Familieneinkommen der Jahrgänge 1961 bis 1965 nur in 42 Prozent der Fälle über denen

Die meisten Söhne haben mehr

So viel Prozent der Söhne haben ein höheres Einkommen als ihre Väter

Geburtsjahr: ■ 1961–1965 ■ 1966–1970 ■ 1971–1975

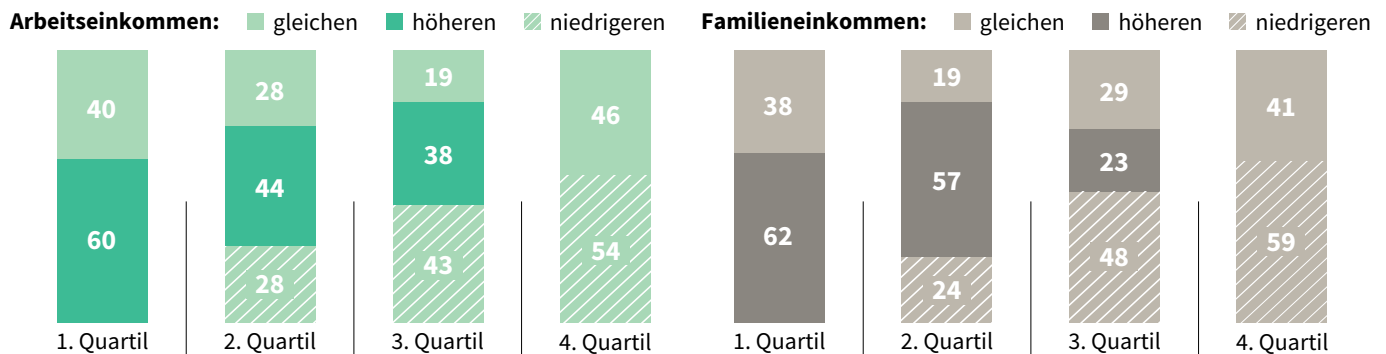


Vergleich der Durchschnittseinkommen der Väter im Zeitraum 1984 bis 1993 mit dem der Söhne im Zeitraum 2005 bis 2015
 Arbeitseinkommen: preisbereinigt in Euro, Einkommensjahr 2010
 Familieneinkommen: zusätzlich bedarfsgewichtet

Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel
 © 2018 IW Medien / iwd

Aufsteiger und Absteiger in Deutschland

So viel Prozent der Söhne, deren Väter sich in diesem Einkommensquartil befanden, sind im ... Quartil



Vergleich der Durchschnittseinkommen der Väter im Zeitraum 1984 bis 1993 mit dem der Söhne im Zeitraum 2005 bis 2015

Quartil: Alle Einkommen werden nach ihrer Höhe gereiht und in vier gleich große Gruppen – Quartile – geteilt. Das erste Quartil umfasst die niedrigsten Einkommen, das vierte die höchsten.

Ursprungsdaten: Sozio-oekonomisches Panel
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

der Väter, gilt das bereits für 71 Prozent der Jahrgänge 1971 bis 1975.

Hierbei fällt ins Gewicht, dass immer mehr Frauen arbeiten und so das Familieneinkommen merklich erhöhen.

Hervor sticht, dass vor allem den Söhnen der einkommensärmsten Väter der finanzielle Aufstieg gelingt:

Rund 90 Prozent der Söhne von Vätern aus dem untersten Einkommensviertel erreichen ein höheres Einkommen als ihre Väter.

Und 47 Prozent der Söhne mit einem Vater aus dem untersten Viertel verdienen sogar mindestens 50 Prozent mehr als ihre Väter.

Söhne, deren Vater bereits im obersten Einkommensviertel zu Hause ist, schaffen es nur zu 31 Prozent, mehr zu verdienen als ihr alter Herr.

Die absolute Einkommensdynamik ist zwischen Vätern und Söhnen also hoch. Doch auch relativ betrachtet kommt es zu erheblichen Einkommensverschiebungen zwischen den Generationen (Grafik):

Immerhin 60 Prozent der Söhne von Vätern, deren Einkommen im Zeitraum 1984 bis 1993 zum untersten Quartil gehörte, schaffen es in ein höheres Einkommensviertel.

Waren die Väter dagegen Teil des obersten Einkommensviertels, gelingt es nur 46 Prozent der Söhne, die Position zu halten. Die übrigen 54 Prozent landen in einem niedrigeren Einkommensviertel. Ähnliche Befunde gelten für die Familieneinkommen.

Insgesamt zeigt die Studie also, dass die Einkommensmobilität in Deutschland in beide Richtungen wirkt. Und: Die nachgewiesene Durchlässigkeit zwischen den Einkommensgruppen hat sich im Lauf der Jahre nicht verschlechtert – anders als beispielsweise in den USA,

wo es den jüngeren Generationen immer schwerer fällt, ihre Eltern finanziell zu überholen.

Bedenklich sind die Ergebnisse für Deutschland allein mit Blick auf die Tatsache, dass besonders niedrige und besonders hohe Einkommen bei den Söhnen häufiger vorkommen als bei ihren Vätern.

Wie gut oder schlecht sich die Bundesrepublik mit diesen Ergebnissen im internationalen Vergleich positioniert, beantwortet ein Vergleich des sogenannten Elastizitätskoeffizienten der Einkommen: Er gibt an, wie stark der Zusammenhang zwischen den Einkommen der Väter und der Söhne ist. Dabei gilt: Je größer der Wert, der zwischen null und eins liegt, desto stärker ist der Zusammenhang. In Deutschland liegt er für die Arbeitseinkommen bei 0,319 – bildlich gesprochen heißt das:

In Deutschland „vererbt“ ein Vater rund 32 Prozent seines Einkommensstatus an den Sohn.

International rangiert die Bundesrepublik damit im Mittelfeld – zwischen Schweden mit einer Einkommenselastizität von 0,27 und Frankreich mit 0,41. Deutlich mobiler sind die Einkommen zwischen den Generationen in Dänemark (0,15) und Norwegen (0,17). In den USA (0,47) und Großbritannien (0,5) dagegen entscheidet die Herkunft viel stärker über das eigene Einkommen.

Mit Blick auf die Einkommen ist Deutschland also durchlässiger als oft unterstellt. Dennoch ist noch Luft nach oben: Höhere Bildungsabschlüsse – vor allem der Menschen in den unteren Einkommensbereichen – könnten die Einkommensmobilität weiter steigern.

Aus IW-Trends 4/2017

Maximilian Stockhausen: Wie der Vater, so der Sohn? – Zur intergenerationalen Einkommensmobilität in Deutschland
iwkoeln.de/einkommensmobilitaet

Sanieren für mehr Klimaschutz

Immobilien. Wenn Deutschland seine klimapolitischen Ziele erreichen will, muss auch der Energieverbrauch im Gebäudesektor sinken. Dafür müssen deutlich mehr ältere Häuser als bisher energetisch auf Vordermann gebracht werden. Eine neue IW-Studie zeigt, wie eine erfolgreiche Sanierungsstrategie aussehen kann.

Um mindestens 80 Prozent soll nach den Vorstellungen der Bundesregierung der sogenannte Primärenergiebedarf im Gebäudesektor bis 2050 sinken. Das bedeutet, dass Ein- und Mehrfamilienhäuser künftig wesentlich weniger Energie zum Heizen und zur Warmwasserversorgung benötigen dürfen als heute. Und diese Energie muss zudem verstärkt aus erneuerbaren Quellen stammen. Ziel ist ein nahezu klimaneutraler Gebäudebestand.

Neubauten, die den höchsten Energiestandards genügen, können zu diesem Ziel wenig beitragen – dazu ist die Bautätigkeit im Verhältnis zum Bestand zu gering. Priorität muss daher die Sanierung jener Gebäude haben, die vor dem Inkrafttreten der Ersten Wärmeschutzverordnung im Jahr 1977 errichtet wurden. Vor allem die Häuser aus den 1950er bis 1970er Jahren, die mehr als 40 Prozent des Wohnungsbestands ausmachen, lassen sich oft relativ kostengünstig sanieren. Die mögliche Energieersparnis ist groß, sodass sich die Kosten häufig in einem angemessenen Zeitraum amortisieren (Grafik Seite 9):

Wohngebäude der Baujahre 1949 bis 1978 haben im Schnitt einen Primärenergiebedarf von 247 Kilowattstunden je Quadratmeter und Jahr – das ist fast

sechsmal so viel wie der Bedarf von Neubauten.

Häuser, die bis 1948 errichtet wurden, benötigen in der Regel zwar noch mehr Energie, eine Sanierung ist allerdings nicht immer möglich oder recht teuer – etwa weil die Fassade als erhaltenswert gilt oder gar denkmalgeschützt ist.

Gemessen an den ehrgeizigen Klimazielen der Politik und dem großen Energiesparpotenzial, das die Ein- und Mehrfamilienhäuser in Deutschland bieten, ist der bislang

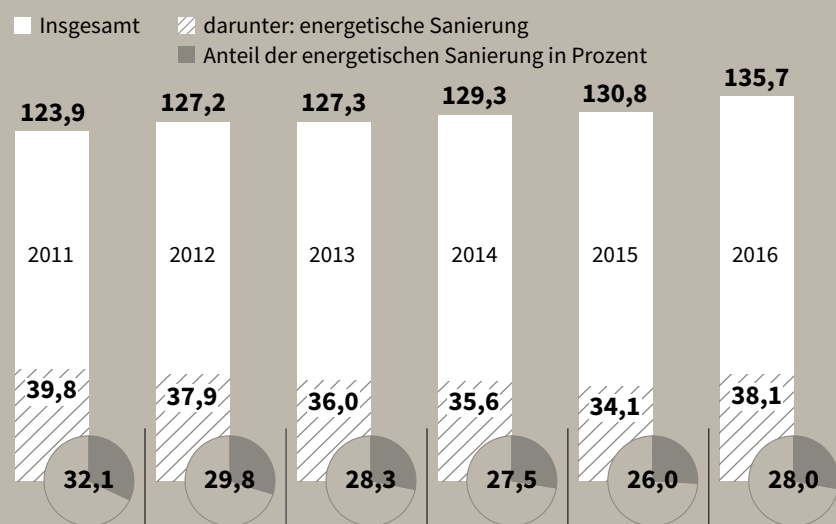
betriebene energetische Sanierungsaufwand eher gering – und war bis 2015 sogar rückläufig (Grafik):

Von allen Bauleistungen an bestehenden Gebäuden entfielen 2016 nur 28 Prozent auf Wärmedämmung, Heizungsmodernisierung und andere energetische Sanierungsmaßnahmen – 2011 waren es noch 32 Prozent.

Mit der verringerten Förderung von Photovoltaikanlagen und den gesunkenen Energiepreisen gibt es zwar nachvollziehbare Gründe dafür,

Wohngebäude: Mehr Umbauten, weniger Sanierungen

Bauleistungen an bestehenden Wohngebäuden in Deutschland in Milliarden Euro



Quelle: Gornig et al. (2017)
© 2018 IW Medien / iwd

dass die Hausbesitzer zuletzt weniger saniert haben. Bleibt es jedoch bei dem geringen Sanierungstempo, würde der gesamte Primärenergiebedarf bis 2050 nach Modellrechnungen des IW lediglich um 38 Prozent sinken. Das Regierungsziel von 80 Prozent würde also bei weitem verfehlt.

Um die energetische Sanierung der Wohnimmobilien zu fördern, setzt die Politik bislang vor allem auf finanzielle Anreize in Form von zinsgünstigen Krediten sowie Tilgungs- und Investitionszuschüssen, die über die bundeseigene Förderbank KfW sowie das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle gewährt werden. Zweite Säule der Förderung sind informatorische Instrumente wie die Gebäude-Energieberatung oder der Energieausweis. Hinzu kommen ordnungsrechtliche Instrumente, zum Beispiel die Energieeinsparverordnung (EnEV) oder verschiedene EU-Richtlinien.

Insgesamt greift die Politik also zu vielen Einzelmaßnahmen, die den Eindruck eines gewissen Aktionismus hinterlassen – von einer schlüssigen Gesamtstrategie kann keine Rede sein.

Das IW schlägt daher ein Bündel von Reformen vor, die eine Förderung aus einem Guss ermöglichen und damit die Energiewende im Gebäudesektor beschleunigen können. Einige Beispiele:

• **Technologieoffenheit gewährleisten.** Die Vorschriften für energetische Sanierungen sind zum Teil sehr detailliert – so schreibt die EnEV konkrete Dämmmaße vor. Um die Potenziale des technischen Fortschritts zu nutzen, sollten sich die gesetzlichen Vorgaben künftig stärker daran orientieren, wie viel Kohlendioxid eingespart werden kann – und das „Wie“ den an der Sanierung beteiligten Unternehmen überlassen.

• Energieberatung verbessern.

Auch wenn Immobilienbesitzer mittlerweile unter vielen zertifizierten Energieberatern wählen können, wird das Angebot noch zu wenig in Anspruch genommen. Um dies zu ändern, wäre es wichtig, den Begriff des Gebäudeenergieberaters zu schützen sowie die Qualifikationswege und die Beratung selbst zu standardisieren. Dann ließen sich die Leistungen am Markt besser vergleichen. Um die Zahl der Berater zu erhöhen, könnte die Energieberatung – ein funktionierendes Kontrollsystem vorausgesetzt – für jene Handwerker geöffnet werden, die selbst energetische Sanierungsmaßnahmen anbieten.

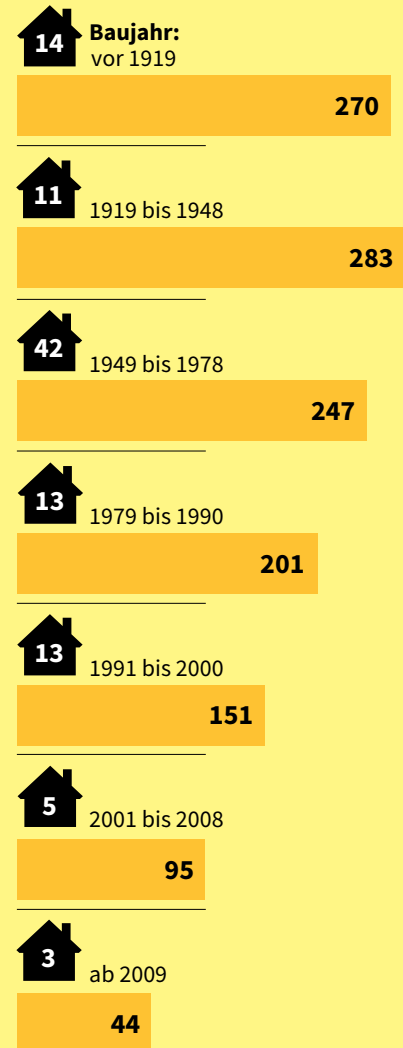
• **Förderung verstetigen und besser koordinieren.** Hauseigentümer werden umso eher Sanierungsmaßnahmen ergreifen, je mehr sie sich auf eine planbare und effektive Förderung verlassen können. Dies ließe sich am besten über Steuerzuschüsse realisieren, da diese nicht – anders als direkte finanzielle Zuwendungen – von der jeweiligen Lage der öffentlichen Haushalte abhängen. Zudem sollten alle Maßnahmen gefördert werden, die zur Kohlendioxidvermeidung beitragen. Nicht zuletzt müssen die derzeit rund 3.350 Förderprogramme der Bundesländer und Kommunen gebündelt und vereinfacht werden.

• **Energiewende sozial flankieren.** Um den Zielkonflikt zwischen Sozial- und Umweltpolitik aufzulösen, müssen die Sanierungsmaßnahmen sozial flankiert werden. Ein möglicher Ansatz ist eine Klimakomponente im Wohngeld. Und um Streitigkeiten zwischen Mietern und Vermietern über die Sanierungskosten zu vermeiden, braucht es aktuellere, ökologische Mietspiegel, aus denen sich adäquate Mietpreisaufschläge für Energieeffizienzmaßnahmen ableiten lassen.

Energiebedarf von Gebäuden: Eine Frage des Alters

Primärenergiebedarf von Ein-, Zwei- und Mehrfamilienhäusern in Deutschland im Jahr 2015 in Kilowattstunden pro Quadratmeter und Jahr

■ Anteil der Wohnungen am Gesamtbestand in Prozent



Primärenergiebedarf: rechnerischer Energiebedarf für Heizung, Warmwasser, Lüftung und Kühlung einschließlich des Energiebedarfs zur Herstellung, Lagerung und zum Transport der verwendeten Brennstoffe

Ursprungsdaten: Deutsche Energie-Agentur, Statistisches Bundesamt
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

IW-Analysen Nr. 119

Ralph Henger, Petrik Runst, Michael Voigtländer: Energiewende im Gebäudesektor – Handlungsempfehlungen für mehr Investitionen in den Klimaschutz
iwkoeln.de/energiewende

Der große Mangel

Fachkräfte. So ändern sich die Zeiten: Deutschland leidet nicht mehr unter hoher Arbeitslosigkeit, sondern an Arbeitskräfteknappheit. In welchen Berufen und Regionen der Mangel besonders groß ist, untersucht eine neue Studie.

Der Fachkräftemangel gilt hierzulande derzeit als größtes Konjunkturrisiko. In den vergangenen beiden Jahren hat sich die Situation noch einmal verschärft:

Im Juni 2017 wurden zwei Drittel aller Stellen für qualifizierte Tätigkeiten in sogenannten Engpassberufen ausgeschrieben – vor zwei Jahren betraf dies erst die Hälfte der offenen Stellen.

In Engpassberufen kommen weniger als zwei registrierte Arbeitslose auf eine gemeldete offene Stelle. Dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung zufolge wird den Arbeitsagenturen jedoch nur

jede zweite Stelle angezeigt. Tatsächlich gibt es in den raren Professions also weniger als einen Arbeitslosen je vakanten Arbeitsplatz. Die Unternehmen können viele Stellen deshalb nur zeitverzögert oder gar nicht besetzen – und müssen oft erheblichen Rekrutierungsaufwand betreiben.

Eine neue Studie des Kompetenzzentrums Fachkräftesicherung (KOFA) im IW zeigt, dass die Engpassse auf allen Qualifikationsniveaus – von der zweijährigen Berufsausbildung bis zum abgeschlossenen Masterstudium – in technischen Berufen, in der Pflege und in der öffentlichen Verwaltung besonders groß sind (Grafik).

In regionaler Hinsicht ist vor allem der Süden Deutschlands betroffen: In Baden-Württemberg, Thüringen, Rheinland-Pfalz und Bayern sind jeweils um die 80 Prozent aller Stellen nur mit sehr viel Mühe zu besetzen. Die wenigsten

Schwierigkeiten hat Berlin: In der Bundeshauptstadt entfallen gerade einmal 38 Prozent der Stellenangebote auf knappe Berufe.

Um den zunehmenden Fachkräftemangel zu bekämpfen, gibt es aus Sicht des KOFA in erster Linie diese vier Ansatzpunkte:

- mehr ausländische Fachkräfte gewinnen,
- ältere Beschäftigte länger im Job halten,
- Frauen nach der Familienphase die Rückkehr in den Job erleichtern und
- mehr Frauen für typische Männerberufe gewinnen und umgekehrt.



Mehr zum Thema finden Sie auf iwd.de/fachkraeftemangel

KOFA-Studie 4/2017

Alexander Burstedde, Lydia Malin, Paula Risius: Rezepte gegen den Fachkräftemangel: Internationale Fachkräfte, ältere Beschäftigte und Frauen finden und binden
kofa.de/Studie-4-2017

Fachkraft verzweifelt gesucht

In diesen Bereichen ist der Fachkräftemangel am größten

Arbeitslose je 100 gemeldete offene Stellen im Juni 2017

Fachkräfte – Mindestens zweijährige Berufsausbildung

Kältetechnik	21
Altenpflege	22
Mechatronik	27
Hörgeräteakustik	28
Bauelektrik	29

Spezialisten – Meister-, Techniker- oder Fachschulabschluss sowie Bachelor ohne Berufserfahrung

Öffentliche Verwaltung (Spezialtätigkeit, z. B. Finanzkontrolleure, Standesbeamte)	11
Gesundheits-, Krankenpflege, Rettungsdienst, Geburtshilfe (Aufsicht und Führung)	23
Fachkrankenpflege	28
Medizin-, Orthopädie- und Rehathechnik (Aufsicht und Führung)	30
Physiotherapie	32

Experten – Master oder Diplom sowie Bachelor mit Berufserfahrung

Öffentliche Verwaltung	21
Versorgung, Entsorgung	34
Informatik	36
Straßen- und Asphaltbau	39
Ärzte (Spezialtätigkeit, z. B. Amtsärzte)	48

Nur Berufe mit mindestens 100 gemeldeten offenen Stellen

Ursprungsdaten: Bundesagentur für Arbeit
© 2018 IW Medien / iwd

Die Deutschen vertrauen der Wirtschaft

IW-Vertrauensindex. Wie steht es um das Vertrauen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft? Diese Frage beantworteten die Menschen in 20 europäischen Ländern höchst unterschiedlich. Deutschland schneidet vergleichsweise gut ab.

Europa ist in einer schwierigen Phase: In vielen Ländern feiern rechtsradikale Parteien Erfolge, fast überall sind noch die Nachwehen der Finanzkrise zu spüren, mancherorts läuft die Wirtschaft alles andere als rund – und auch außerhalb Europas mangelt es derzeit nicht gerade an krisenhaften Entwicklungen.

Wie halten es die Europäer in dieser Gemengelage mit dem Vertrauen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft? Diese Frage beantwortet der IW-Vertrauensindex 2017 – und dessen Ergebnisse geben zu denken. Denn fasst man die Werte der drei Einzelindizes – Vertrauen in die Wirtschaft, in die Politik und in die Gesellschaft – zusammen, zeigt sich in Europa ein riesiges Gefälle (Grafik):

Während der IW-Vertrauensindex in Schweden, Dänemark und Finnland jeweils auf fast 90 von 100 möglichen Punkten kommt, sind es in Italien weniger als 30 und beim Schlusslicht Griechenland sogar nur knapp 6 Punkte. Deutschland liegt mit 75 Punkten auf Platz 5 der 20 Länder.

Auch bei den drei Einzelindizes gibt es erhebliche Unterschiede:

Vertrauen in das Wirtschaftssystem. Dieser Index setzt sich unter anderem aus den Indikatoren Inflation, Arbeitslosenrate und Konsumentenvertrauen zusammen.

Deutschland belegt in diesem Ranking für 2017 Platz 1 – beim ersten IW-Vertrauensindex 2015 war es noch Platz 4. Auffallend ist auch hier die große Spanne: Während der Index für den Sieger Deutschland bei gut 84 Punkten steht, kommen Spanien (Platz 18) und Italien (Platz 19) nur auf jeweils gut 50 Punkte – und Schlusslicht Griechenland erzielt gerade einmal 8 Punkte.

Vertrauen in das politische System. Für diesen Index wurden Kriterien wie das Vertrauen in die Regierung und das Parlament, die politische Stabilität und die Rechtsstaatlichkeit herangezogen. Am besten schneiden hier die skandinavischen Länder mit jeweils gut 90 Punkten ab, Deutschland erreicht mit 79 Punkten Platz 6. Ganz unten landen Italien mit 8 und Griechenland mit nur 1 Punkt.

Vertrauen in das Gesellschaftssystem. Gemessen wurden das Vertrauen in die Mitmenschen sowie deren Fairness und Hilfsbereitschaft. Auf dem Siegertreppchen stehen mit Dänemark, Finnland und Schweden wiederum drei skandinavische Länder mit jeweils deutlich mehr als 90 Punkten. Die Bundesrepublik landet mit 62 Punkten auf Platz 8 – und am Ende rangieren Portugal mit 28, die Slowakei mit 13 und Griechenland abgeschlagen mit knapp 8 Punkten.

IW-Vertrauensindex 2017: Riesiges Gefälle in Europa

Mittelwert aus den drei Einzelindizes Vertrauen in das Wirtschaftssystem, in das politische System und in das Gesellschaftssystem; bestmöglicher Wert = 100

Schweden	89,5
Dänemark	87,7
Finnland	87,5
Niederlande	80,3
Deutschland	75,3
Schweiz	75,1
Vereinigtes Königreich	72,4
Österreich	70,3
Irland	65,7
Belgien	63,7
Tschechien	56,4
Polen	55,8
Slowenien	53,7
Frankreich	53,3
Ungarn	46,0
Spanien	44,8
Portugal	43,3
Slowakei	36,7
Italien	29,6
Griechenland	5,5

Ursprungsdaten: EU-Kommission, OECD, Weltbank
© 2018 IW Medien / iwd

iwd

IW policy paper 22/2017

Dominik Enste, Mara Grunewald:
IW-Vertrauensindex 2017 – Vertrauen in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft im europäischen Vergleich
iwkoeln.de/vertrauensindex

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
 Institut der deutschen Wirtschaft Köln e.V.
 Präsident: Arndt Günter Kirchhoff
 Direktor: Prof. Dr. Michael Hüther
 Mitglieder: Verbände und Unternehmen in Deutschland

Chefredakteur: Ulrich von Lampe (verantwortlich)
Stellv. Chefredakteur: Jork Herrmann
Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Carsten Ruge, Berit Schmiedendorf, Kerstin Schraff, Alexander Weber
Redaktionsassistent: Ines Pelzer
Grafik: IW Medien GmbH
Telefon: 0221 4981-523
Fax: 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis:
 € 11,32/Monat inkl. Versandkosten und Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise 14-täglich

Abo-Service: Theresia Hartmann,
 Telefon: 0221 4981-443,
 hartmann@iwkoeln.de

Verlag:
 Institut der deutschen Wirtschaft
 Köln Medien GmbH,
 Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
 Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
 Telefon: 0221 4981-0, Fax: 0221 4981-445

Druck: Henke GmbH, Brühl
 Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über:
 lizenzen@iwkoeln.de



Inklusion ist, ...

... wenn Menschen mit Schwerbehinderung nicht nur in speziellen Werkstätten eine Arbeit finden, sondern auch auf dem ersten Arbeitsmarkt. Besonders gut gelingt diese Inklusion in Baden-Württemberg: Dort arbeiten 40 Prozent der Menschen mit Schwerbehinderung in den gleichen Jobs wie jene ohne Schwerbehinderung – in Sachsen-Anhalt dagegen sind es nicht einmal halb so viele. Wie in vielen anderen Bereichen gibt es auch in der Inklusion ein klares West-Ost-Gefälle: Selbst in wirtschaftsschwächeren westlichen Bundesländern gelingt sie deutlich besser als in allen östlichen Ländern, wie eine IW-Studie zeigt. Mehr unter iwkoeln.de/schwerbehinderung

Zahl der Woche

8,3
 Milliarden Euro

könnten Unternehmen sparen, wenn sie einen Teil ihrer Geschäftsreisen durch Online-Meetings ersetzen würden. Im Jahr 2016 gab die deutsche Wirtschaft 51,6 Milliarden Euro für rund 183 Millionen Dienstreisen aus. Nicht berücksichtigt in der Kalkulation sind allerdings die Kosten für die digitalen Technologien, die Videokonferenzen erst möglich machen.

IW-Kurzbericht 6/2018:

Barbara Engels: Online-Meeting statt Dienstreise: Unternehmen könnten 8,3 Milliarden Euro sparen
iwkoeln.de/onlinemeeting

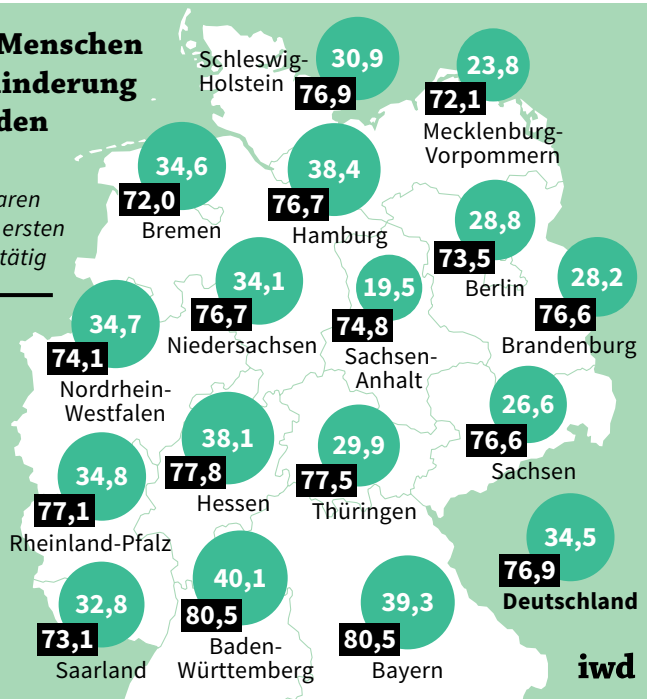
Top-Liste: Wo Menschen mit Schwerbehinderung eine Arbeit finden

So viel Prozent der 25- bis 64-Jährigen waren im Jahr 2013 auf dem ersten Arbeitsmarkt erwerbstätig

- Mit Schwerbehinderung
- Ohne Schwerbehinderung

Erster Arbeitsmarkt: ohne die Wirtschaftszweige Heime und Sozialwesen, zu denen auch Werkstätten für Menschen mit Behinderung zählen

Ursprungsdaten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder © 2018 IW Medien / iwd



Brauchen wir mehr sozialen Wohnungsbau?

Die Zahl der wohnungslosen Menschen in Deutschland steigt und steigt. Nicht zuletzt deshalb werden die Rufe lauter, den sozialen Wohnungsbau wiederzubeleben. Thomas Specht von der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe und IW-Immobilienökonom Michael Voigtländer sind – nicht ganz unerwartet – unterschiedlicher Meinung. In einem Pro und Kontra auf iwk.de führen Sie ihre Argumente und Vorschläge aus.

